



Landtag bittet die Angehörigen der NSU-Opfer um Verzeihung

Sondersitzung zum Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“

„Die NSU-Verbrechen hätte es mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht gegeben, wenn die Thüringer Behörden die zweifelsfrei vorhandenen Hinweise und Spuren aufgegriffen und die drei NSU-Aktivisten Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe rechtzeitig gefasst hätten“, so das bittere Fazit, das die Vorsitzende des Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“, die SPD-Abgeordnete Dorothea Marx, am Ende ihres Berichts in der Sondersitzung des Landtags am 22. August zog.

der anderen Untersuchungsausschüsse - Baden-Württemberg hat es noch nicht einmal für nötig gehalten, einen solchen Ausschuss einzurichten -, auch der des Bundestages nicht, ist in seinen Bewertungen zu den Fehlleistungen der Behörden so weit gegangen. Im Thüringer Bericht finden sich Sätze wie folgender:

„Die Häufung falscher oder nicht getroffener Entscheidungen und die Nichtbeachtung einfacher Standards lassen aber auch den Verdacht gezielter Sabotage und des bewussten Hintertreibens eines Auffindens der Flücht-

ernst genommen werden“. Die Aufklärung wird und muss weitergehen, da waren sich alle im Thüringer Landtag einig. Die Ausschussvorsitzende versicherte: „Wir werden uns von den Aktenvernichtern, Spurenvernichtern und Zeugen mit unerklärlichem Gedächtnisverlust nicht davon abhalten lassen, alles lückenlos aufzuklären.“

Am 26. Januar 2012 war die Einsetzung des NSU-Untersuchungsausschusses auf Antrag aller fünf Fraktionen des Thüringer Landtags beschlossen worden. In 68 Sitzungen wurden 123 Zeugen und Sachverständige ge-

hört, einige Zeugen mehrfach. Dem Untersuchungsausschuss wurden durch die Landesregierung 11.681 Akten zur Verfügung gestellt. Der jetzt vorgelegte 1.896 Seiten umfassende Abschlussbericht (aus dem wir auf der nächsten Seite einige Passagen dokumentieren), einschließlich der Sonderreden, die von allen fünf Fraktionen dazu eingereicht wurden, kann im Internet eingesehen werden auf den Seiten des Thüringer Landtags:

www.thueringer-landtag.de/landtag/aktuelles



Als die Ausschussvorsitzende zu Beginn ihrer Rede die Namen der zehn Opfer der Mordanschläge des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ verlas und betonte: „Wir bitten die Opferangehörigen und die 23 teils lebensgefährlich Verletzten der Sprengstoffanschläge in Köln für das ihnen entgegengebrachte Misstrauen und die rassistischen Verdächtigungen um Verzeihung. Unser Beileid gilt den Hinterbliebenen“, erhoben sich im Thüringer Landtag alle von ihren Plätzen - die Abgeordneten gemeinsam mit den Angehörigen auf der Besuchertribüne, den türkischen und griechischen Diplomaten und weiteren gesellschaftlichen Vertretern von Bundes- und Landesebene sowie zahlreichen gegen Neonazismus engagierten Bürgerinnen und Bürgern.

Mehr als 300 Gäste hatten im Thüringer Landtag dieses Sonderplenum verfolgt, viele Menschen waren auch per Livestream im Internet dabei. Zahlreiche Medien berichteten bundesweit und international. Dabei wurde der Arbeit des Thüringer Untersuchungsausschusses Respekt gezollt, denn keiner

tigen zu. Die Geschichte der von 1998 bis 2003 von allen daran Beteiligten betriebenen bzw. nicht betriebenen Fahndung ist im Zusammenhang betrachtet ein einziges Desaster.“

Rückhaltlose und schonungslose Aufklärung

„In Thüringen hat das Unheil seinen Lauf genommen“, betonte Dorothea Marx und unterstrich rückblickend für die Arbeit des Ausschuss noch einmal die Notwendigkeit der geforderten „rückhaltlosen und schonungslosen Aufklärung“. Und: Es sei wichtig gewesen, dies im Parlament zu tun und damit „regierungsfern und öffentlich“. Dabei habe aber auch bei einigen Zeugen aus den verantwortlichen Behörden „falsch verstandener Korpsgeist die Ermittlungsarbeit im Untersuchungsausschuss massiv behindert“.

Die Abgeordnete forderte: „Wir brauchen ein verschärftes Rechtsbewusstsein, es darf keine kontrollfreien Räume staatlichen Handelns geben.“ Vor allem aber müsse der „Rassismus als gesellschaftliches Problem endlich

Begleitend zur Landtagssondersitzung zum Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“ und noch bis zum 5. September im Foyer des Thüringer Landtags zu sehen ist die Wanderausstellung des Nürnberger Instituts für Sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung e.V. „Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen“.

Die beeindruckende Ausstellung, die bisher schon an mehr als 40 Orten in Deutschland gezeigt wurde, setzt sich auf 22 Tafeln mit den Verbrechen des NSU in den Jahren 2000 bis 2007 sowie der gesellschaftlichen Aufarbeitung nach dem Auffliegen des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ im November 2011 auseinander.

Im ersten Teil der Ausstellung werden die Biografien von Enver Simsek, Abdurrahim Özüdogru, Süleyman Tasköprü, Mehmet Turgut, Habil Kilic, Ismail Yasar, Mehmet Kubasik, Theodoros Boulgarides, Halit Yozgat und Michele Kiesewetter dargestellt. Zu Wort kommen auch Angehörige der Mordopfer. Weitere Tafeln beschäftigen sich mit den Bombenanschlägen in Köln sowie den Banküberfällen, bei denen unschuldige Menschen teilweise lebensbedrohlich verletzt wurden.

Der zweite Teil beleuchtet die Neonaziszene der 1990er Jahre sowie die Hilfeleistungen an den NSU-Kern aus einem neonazistischen Netzwerk. Dargestellt werden auch die Gründe, warum die Mordserie nicht aufgedeckt wurde sowie der gesellschaftspolitische Umgang mit dem Themenkomplex nach dem Auffliegen der neonazistischen Terrorgruppe am 4. November 2011.

„Eine wehrhafte Demokratie ist nur dann wirklich wehrhaft, wenn sie Fremdenhass, Rechtsextremismus und Ausgrenzung mit rechtsstaatlichen Mitteln zu bekämpfen weiß. Wir Abgeordnete des Thüringer Landtags wollen dazu mit unserer Politik einen Beitrag leisten. Die aktuelle Ausstellung führt uns noch einmal auf sehr eindringliche Weise vor Augen, wie wichtig es ist, wachsam zu bleiben und rechtsextremen Umtrieben von Beginn an konsequent zu begegnen. Sie zeigt uns aber auch, wie blinder Hass in Gewalt umschlagen und Leben zerstören kann. Das dürfen wir nicht zulassen“, erklärte Landtagspräsidentin Dr. Birgit Diezel.

„Verdacht gezielter Sabotage“

Im Band II des Abschlussberichts des NSU-Untersuchungsausschusses wird ab der Seite 1579 im Abschnitt D die „Beantwortung der Untersuchungsfragen“ vorgenommen. Die Antwort auf die erste Frage „ob und in welchem Umfang die Gefahr der Bildung militanter rechtsextremer Strukturen in Thüringen durch die Landesregierung falsch eingeschätzt wurde und somit deren Herausbildung begünstigt wurde“ lautet:

Die Herausbildung militanter rechtsextremistischer Strukturen wurde kaum gesehen bzw. nicht richtig bewertet und unterschätzt. Stattdessen gab es in Teilen der Gesellschaft, bei politisch Verantwortlichen sowie bei

Auf die Frage, ob und in welchem Maße Thüringer Sicherheitsbehörden an Gründung und Aufbau sowie der Unterstützung rechtsextremer Strukturen in Thüringen, beispielsweise der „Anti-Antifa Ostthüringen“ als Vorläufer des „Thüringer Heimatschutzes“, durch den Einsatz von Vertrauenspersonen (V-Personen) und verdeckten Ermittlern beteiligt waren, diese beförderten oder durch Unterlassen geeigneter Maßnahmen duldeten und eingesetzte V-Personen und verdeckte Ermittler an der Durchführung oder Vorbereitung von Straftaten sowie Aktivitäten, die sich gegen das Grundgesetz richteten, beteiligt waren oder diese begünstigten, heißt es im Bericht:

Für die gezielte Gründung oder den Aufbau von Strukturen der extremen

folgt ist. Auch bei dem überwiegenden Teil der anderen V-Männer und Gewährspersonen ist zu konstatieren, dass es sich um Straftäter handelte, die zum Teil auch während ihres Einsatzes Straftaten verübten. Dass auch Marcel Degner und andere mittlerweile bekannte Quellen des TLFV bei der Begehung von Straftaten als V-Leute außerhalb ihrer Alimentierung mittelbar unterstützt oder in anderer Weise begünstigt wurden, konnte der Untersuchungsausschuss weder belegen noch zweifelsfrei ausschließen.

Bei der Untersuchungsfrage, ob und in welchem Maße unter Beachtung der den Thüringer Sicherheits- und Justizbehörden tatsächlich vorliegenden Erkenntnisse bzw. Erkenntnisse, die erlangt hätten werden können, über Auf-

den damals Handelnden möglicherweise tagesaktuell wichtiger erschienen.

Die Häufung falscher oder nicht getroffener Entscheidungen und die Nichtbeachtung einfacher Standards lassen aber auch den Verdacht gezielter Sabotage und des bewussten Hintertreibens eines Auffindens der Flüchtigen zu. Die Geschichte der von 1998 bis 2003 von allen daran Beteiligten betriebenen bzw. nicht betriebenen Fahndung ist im Zusammenhang betrachtet ein einziges Desaster.

Fachaufsicht existierte nicht

Weiter heißt es im Bericht: Das Fiasco im Fall des NSU geht weniger auf Organisationsmängel, sondern wesentlich darauf zurück, dass die nicht



kommunalen und Landesbehörden eine verhängnisvolle Tendenz zur Verharmlosung und Entpolitisierung rechter Aktivitäten. Rechts und Links wurden im Wege der ideologischen Extremismuskonzeption pauschal gleichgesetzt und Widerstand gegen rechte Umtriebe vielfach als „Kehrseite der selben Medaille“ und „Nestbeschmutzung“ diskreditiert. In den 1990er-Jahren erfolgte eine Fokussierung auf Demonstrationen und Rechtsrock-Konzerte, die man insbesondere auch wegen der Negativwirkung für das Ansehen Thüringens zurückdrängen wollte. Die lokale Verankerung der neonazistischen Strukturen, die Konzeptionen zur Schaffung „national befreiter Zonen“ sowie die hohe Gewaltbereitschaft bis hin zum Einsatz terroristischer Mittel blieben dagegen unterbelichtet.

Mittelbare Unterstützung und Begünstigung

Das Strukturermittlungsverfahren nach § 129 StGB gegen den Thüringer Heimatschutz fand keine ausreichende Beachtung. Im Bereich der Justiz erfolgten zwar Verurteilungen wegen rechtsgerichteter Straftaten, Tino Brandt entging jedoch trotz zahlreicher gegen ihn geführter Strafverfahren einer Verurteilung. Die zunehmende Radikalisierung rechtsextremer Strukturen wurde nicht erkannt, folglich wurde auch politisch nicht ausreichend gesteuert.

Rechten konnte der Untersuchungsausschuss keine Belege finden. Allerdings gibt es hinreichend Gründe, von einer mittelbaren Unterstützung und Begünstigung derartiger Strukturen durch das TLFV (Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz) zu sprechen. So wurden an Tino Brandt als V-Mann des TLFV neben Sachmitteln übermäßig hohe Prämien ausgereicht und dieser so in die Lage versetzt, Geld- und Sachmittel in den Aufbau und das Funktionieren des Thüringer Heimatschutzes (THS) zu stecken sowie Reisen, Propagandamaterialien und Aktionen zu finanzieren.

Aber auch andere Organisationen mit extrem rechtem Hintergrund dürften von der V-Mann-Tätigkeit ihrer Führungspersonen profitiert haben. So steht beispielsweise zu vermuten, dass der V-Mann Marcel Degner als Sektionsleiter einen ähnlichen Einfluss auf die Aktivitäten des Thüringer „Blood&Honour“-Netzwerkes genommen hat. Es gab eine Vielzahl von Ermittlungsverfahren gegen Tino Brandt, die ergebnislos verliefen. Mindestens eine versuchte Einflussnahme auf ein solches Ermittlungsverfahren durch das TLFV ist zur Überzeugung des Ausschusses nachgewiesen. Der Untersuchungsausschuss ist zudem zu dem Schluss gelangt, dass Tino Brandt von gegen ihn gerichteten Ermittlungsmaßnahmen – von wem auch immer – gewarnt worden ist und insoweit eine Strafvereitelung zu seinen Gunsten er-

enthalt, Aktivitäten und Straftaten durch Handeln oder Unterlassen Thüringer Sicherheits- und Justizbehörden und der mit ihnen zusammenarbeitenden Personen (so genannte menschliche Quellen) Straftaten, die dem „Nationalsozialistischen Untergrund“ sowie dessen Unterstützern zugerechnet werden, ermöglicht, begünstigt oder erleichtert wurden, kommt der Bericht des Untersuchungsausschusses zu folgender Antwort:

Erschreckendes Ausmaß von Desinformation, Versäumnissen

Die im Anschluss an die sog. Garagendurchsuchung und das Untertauchen von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe durchgeführte Fahndung nach den Untergetauchten ist in einem so erschreckenden Ausmaß von Desinformation, fehlerhafter Organisation, Abweichungen von üblichem Vorgehen und Versäumnissen bei der Verfolgung erfolgversprechender Hinweise und Spuren durchsetzt, dass es dem Ausschuss nicht mehr vertretbar erscheint, hier nur von „unglücklichen Umständen“, „Pannen“ oder „Fehlern“, wie sie natürlicherweise auch bei besten Vorsätzen nie ausgeschlossen werden können, zu sprechen.

Im günstigsten Fall steht hinter dem festgestellten umfassenden Versagen vieler Akteure schlichtes Desinteresse am Auffinden der drei Gesuchten im Vergleich zu anderen Aufgaben, die

erst mit dem Sprengstofffund zutage getretene wachsende Gewaltbereitschaft der militanten rechten Szene massiv unterschätzt und sowohl politisch als auch gesellschaftlich nicht die erforderliche Priorität einnahm. In der Folge wurden Ermittlungen und Fahndung nicht wirklich zielführend betrieben und zudem vom Eigeninteresse des TLFV am Quellenschutz unterminiert. Festzuhalten ist aber auch, dass die Fahndung nicht nur an unzulässig zurückgehaltenen Informationen des TLFV gescheitert ist, sondern dass das TLKA und die Staatsanwaltschaft nachweislich ihre eigenen Aufgaben und Befugnisse nicht hinreichend wahrgenommen haben und das TLKA eigene Erkenntnisse nicht mit Nachdruck verfolgt hat. Hinsichtlich der Dienst- und Fachaufsicht im TIM (Innenministerium) über das TLFV muss zumindest bis zum Jahr 2000 konstatiert werden, dass diese faktisch nicht existiert hat. Weder die eigenständigen Maßnahmen des TLFV in Bezug auf das Trio noch die im „Gasser-Bericht“ anschaulich dargestellten Missstände im TLFV, die auch Einfluss auf die Arbeitsweise des Amtes genommen haben, wurden von der Dienst- und Fachaufsicht bemerkt, geschweige denn in irgendeiner Form auf das TLFV diesbezüglich eingewirkt. Auch in Bezug auf die Fahndung des TLKA ist kein Tätigwerden der Dienst- und Fachaufsicht im TIM abseits der Aufarbeitung der Garagendurchsuchung feststellbar. ■

Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht hat die Angehörigen der Toten sowie die überlebenden Opfer des NSU-Terrors um Verzeihung gebeten: „Das Leid, das Ihnen zugefügt wurde, können wir kaum ermessen. Die Verluste, die Sie erlitten haben, lassen sich nicht wieder gut machen. Die Demütigungen, die Sie durch falsche Verdächtigungen ertragen mussten, haben Ihren Schmerz noch vergrößert. **Beschämt muss auch ich eingestehen: Unser Land, unsere Gesellschaft, unsere Behörden haben versagt. Es ist jahrelang nicht gelungen, die wahren Hintergründe zu erkennen und die Täter dingfest zu machen. Jahrelang haben die Täter ihre Verbrechen durch ganz Deutschland gezogen, so die Ministerpräsidentin in der Sondersitzung des Landtags.**

Der Untersuchungsausschuss könne



NSU-Netzwerk als terroristische Organisation

Bodo Ramelow: „Die Aufklärung muss weiter gehen, das sind wir den Opfern schuldig“

des Untersuchungsausschusses haben wir als Resultat mehr Fragen als Antworten“, unterstrich der LINKE-Politiker und verwies darauf, dass zur NSU-Struktur „mehr als nur die Drei - Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe - gehörten. Er „verstehet nicht, warum nicht das gesamte NSU-Netzwerk als terroristische Organisation behandelt und verurteilt wird“. Bodo Ramelow bedauerte, dass in anderen Bundesländern nicht einmal ansatzweise solch eine konsequente Aufklärungsarbeit stattgefunden hat. Vor allem in Baden-Württemberg

sei eine gründliche Aufarbeitung der Neonazi-Verbindungen nach Thüringen notwendig. „Die NSU-Aufklärung muss weitergehen. Das sind wir den Familien der Opfer schuldig“, unterstrich der Fraktionsvorsitzende.

Katharina König, Obfrau der LINKEN im NSU-Untersuchungsausschuss, dankte in der Landtagsondersitzung den Antifaschisten der 90er Jahre und all denen, die bis heute aktiv sind. Sie unterstrich: „Das Problem heißt Rassismus, der tief in der Alltagsgesellschaft verankert ist. Das müssen wir

auch so deutlich benennen.“ Die Abgeordnete verwies auf die über 180 Toten rechter Gewalt seit 1990 in Deutschland. Dabei seien zum Teil auch V-Leute für das Töten verantwortlich gewesen. Katharina König forderte erneut das Beenden des V-Leute-Systems und die Abschaffung des Landesamtes für Verfassungsschutz.

Im von Katharina König und Dieter Hausold unterzeichneten Minderheitenvotum heißt es: „Trotz - auch eigener - alltäglicher Erfahrungen von Drohungen, körperlichen Angriffen bis hin zu Brandsätzen gegen engagierte Menschen, haben auch wir uns nicht in letzter Konsequenz vorstellen können, dass Neonazis die Terrorkonzepte des „führerlosen Widerstands“ und des „Rassenkriegs“ über Jahre hinweg in Deutschland umsetzen konnten, ohne von den Strafverfolgern gestoppt zu werden. Analog der Aufforderung an Polizei und Staatsanwaltschaften bei Gewaltkriminalität, einen rassistischen, antisemitischen oder neonazistischen Hintergrund zu prüfen, sollten auch wir entsprechende Übergriffe nicht allein der Bewertung von Behörden überlassen, sondern Kontakt zu den Betroffenen suchen und kritisches Hinterfragen zum Maßstab des Handelns machen.“ A. Rudolph ■



es nicht wieder gut machen, aber er könne das Versagen beim Namen nennen, und es müssten Konsequenzen gezogen werden, die wichtigste sei die intensivere parlamentarische Kontrolle, so Christine Lieberknecht weiter. In der Auseinandersetzung mit dem Neonazis sei aus der Mitte der Gesellschaft heraus der „Schulterschluss der Demokraten“ gefordert, und „wir brauchen eine Kultur des Hinsehens“.

Bodo Ramelow erklärte in der Debatte: „Vor 20 Jahren hätte ich mir nicht vorstellen können, dass brauner Terror mordend und brandschatzend durch das Land zieht und die Behörden den Familien hinterher die Verantwortung zuweisen.“ Der LINKE Fraktionsvorsitzende sprach mit Blick auf den NSU-Abschlussbericht von einer „Dokumentation, die einmalig ist“ und würdigte die wahrgenommene parlamentarische Verantwortung aller Fraktionen. Diese reiche auch zurück zum Beginn dieser jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode, als der Landtag mit einer gemeinsamen Erklärung gegen Nazismus, Rassismus und Antisemitismus seine Arbeit begann.

Bodo Ramelow erinnerte an die Erstarkung des braunen Milieus in den 90er Jahren in Thüringen - es sei „auf Behörden getroffen, die damit nicht umgehen konnten oder auch nicht wollten“. Die Aufklärung der ungeheuerlichen Geschehnisse müsse auch nach der Landtagswahl fortgesetzt werden. „Trotz der intensiven Arbeit

„Ignoranz, Inkompetenz, Vertuschung, Versagen“

Die LINKE hat, wie alle anderen Fraktionen auch, ein Sondervotum zum Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses vorgelegt, in dem es u.a. heißt:

„So detailliert der Abschlussbericht

fügung gestellter Akten, teils aus dem Ausschuss auferlegten Geheimhaltungspflicht, teils aus Zeitgründen und somit mangelnder Möglichkeit, weitere Zeuginnen und Zeugen zu laden bzw. diejenigen, deren Aussagen



ist, kann er dennoch nicht den NSU-Komplex mit allen Facetten des Staatsversagens, das die rassistische Mordserie an neun migrantischen Kleinunternehmern sowie den Mord an Michèle Kiesewetter, die bislang bekannten Sprengstoffattentate in Köln und die Raubüberfallserie, erst ermöglicht hat, vollständig und wirklich zufriedenstellend darstellen. Trotz aller Versuche ist es dem Untersuchungsausschuss 5/1 nicht gelungen, alle Fragen zu beantworten. Teils wegen fehlender bzw. durch Bundesbehörden nicht zur Ver-

widersprüchlich waren, erneut anzuhören. (...)

Viele Menschen in Deutschland gehen seit der Selbstenttarnung des NSU am 4.11.2011 davon aus, dass der Umgang von Polizei und Geheimdiensten mit Neonazis nicht erst seit den frühen 1990er

Jahren vielfach von Ignoranz, Inkompetenz, Verharmlosung, Vertuschung und Versagen geprägt war und ist.

Und genau diese fatale Mischung habe auch die Entstehung des NSU und dessen Gewalttaten ermöglicht. Andere hingegen können sich nicht vorstellen, dass das mutmaßliche NSU-Kerntrio ohne Beihilfe oder Unterstützung einzelner VertreterInnen staatlicher Behörden so lange in der Illegalität hätte leben und morden können. Uns ist es sowohl durch das Aktenstudium als auch durch ZeuginInnen- und Sachver-

ständigenanhörungen gelungen, Belege dafür zu finden, dass die durch die extreme Rechte im allgemeinen und rechtsterroristische Strukturen im Besonderen ausgehende Gefahr für gesellschaftliche Minderheiten sowie für Demokratie und Rechtsstaat in Deutschland von den Geheimdiensten und den Polizeien der Länder und des Bundes über zwei Jahrzehnte lang ignoriert, verharmlost und vertuscht wurde.

Der Untersuchungsausschuss hat jedoch keine konkreten Belege dafür gefunden, dass Behörden oder einzelne VertreterInnen staatlicher Stellen das mutmaßliche NSU-Kerntrio aktiv unterstützt hätten, wohl aber die im Auftrag des Staates tätigen Quellen diverser Verfassungsschutzbehörden.

Dennoch schließen wir nicht aus, dass - im Verlauf des Strafverfahrens vor dem Oberlandesgericht (OLG) München, der weiteren Ermittlungen von BKA und Generalbundesanwaltschaft, der möglichen Arbeit eines weiteren parlamentarischen Untersuchungsausschusses auf Bundesebene, in Thüringen oder auch Sachsen sowie möglicher weiterer parlamentarischer Gremien - noch Belege auftauchen können, die eine weit umfangreichere Verstrickung von V-Leuten der Geheimdienste oder Polizeibehörden in das Netzwerk des NSU nachweisen.“ ■

KURZ UND PRÄGNANT

Bundesgelder müssen hier auch ankommen

„So erfreulich es ist, dass der Bund ab 2015 die Thüringer Kommunen durch höhere Zuschüsse um 23 Millionen Euro jährlich entlasten will, bleibt jedoch die Unsicherheit, ob diese Gelder auch tatsächlich bei den Gemeinden, Städten und Landkreisen ankommen“, so MdL Frank Kuschel. Die bisherigen Regelungen zum kommunalen Finanzausgleich in Thüringen führen aber dazu, dass höhere Zuweisungen des Bundes mit den Landeszuweisungen an die Kommunen verrechnet werden. „Dies kann für die Thüringer Kommunen zu einem Nullsummenspiel führen“, befürchtet der Linkspolitiker. „Die Landesregierung ist aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die Entlastungen auch bei den Kommunen etwas bewirken. Gegebenenfalls muss der neu zu wählende Landtag das diesbezügliche Finanzausgleichsgesetz ändern und anpassen. Es muss verhindert werden, dass die zusätzlichen Bundesgelder letztlich den Landeshaushalt, aber nicht die Kommunen entlasten.“ ■

ThüringenForst: Lüge oder Bilanzfälschung?

Anlässlich der Pressekonferenz zur Bilanz von ThüringenForst stellte Tilo Kummer, Forstpolitiker der Linksfraktion, Widersprüche in Aussagen von Minister Reinholz fest: „In einer Pressekonferenz am 13.08.2014 gab der Minister auf Nachfrage einer Journalistin an, dass die im Jahr 2013 aus der Nutzung genommenen 1.300 ha Wald auch durch die Forstanstalt abgeschrieben worden wären. Jetzt bei der Vorstellung der Bilanz von ThüringenForst für das Wirtschaftsjahr 2013 war jedoch nur von reichlich 300 ha Stilllegung die Rede.“ Wären die stolz genannten 1.300 ha Wald wirklich abgeschrieben worden, hätte die Forstanstalt einen Verlust von reichlich sechs Millionen Euro eingefahren (am 13.08. war der Wert der 2013 stillgelegten Flächen mit 7,5 Mio. Euro beziffert worden). Der Abgeordnete befürchtet eine gezielte Bilanzfälschung des Verwaltungsratsvorsitzenden Reinholz, um im Wahljahr nicht Negativ-Schlagzeilen zu machen. Er erwartet eine sofortige Aufklärung. „Wenn das Brandesbachtal und ca. 373 ha wertvoller Totholzbestände doch nicht stillgelegt und abgeschrieben wurden, muss zumindest klargestellt werden, dass es sich bei den Aussagen vom 13.08. um eine Lüge handelte.“ Sollte die Stilllegung doch erfolgt sein und wurde nicht in der Bilanz verankert, wird Tilo Kummer das Finanzministerium und den Rechnungshof um Prüfung des Sachverhaltes bitten. ■

Die Renteneinheit muss bis 2017 kommen

Zur Ankündigung von Bundeskanzlerin Angela Merkel, bis 2017 einen Fahrplan für die Angleichung der Ostrenten bis zum Jahr 2020 vorzulegen, die Spitzenkandidaten der LINKEN für die Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg, Bodo Ramelow, Rico Gebhardt und Christian Görke:

Für den Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Thüringer Landtag, Bodo Ramelow, kommt die Ankündigung von Angela Merkel spät, er führt aus: „Angela Merkels Ankündigung kommt spät. Die Renteneinheit kommt 2020 für viele zu spät. Es gibt keinen vernünftigen Grund, warum die Bundeskanzlerin bis zum Wahljahr 2017 warten will, um einen Fahrplan zu beschließen, der die Ostrentenangleichung auf das 30. Jahr nach der Wiedervereinigung verschiebt. Gleicher

Lohn für gleiche Arbeit, gleiche Rente für gleiche Lebensleistung in Ost und West, dieses Prinzip entspricht dem Geist des Grundgesetzes. Die Ostrentenangleichung ist kein Almosen sondern ein Anrecht der Rentnerinnen und Rentner im Osten.“

Der Spitzenkandidat der Brandenburger LINKEN, Christian Görke, fordert die Renteneinheit bis zum Ende der Legislaturperiode des Bundestages 2017: „Wir wollen, dass die Renteneinheit bis zum Ende dieser Legislaturperiode des Bundestages realisiert wird. Dort wo wir Verantwortung in Landesregierungen übernehmen, bleibt diese Forderung auf der politischen Agenda. Wir werden uns nicht damit abfinden, dass auch diese Bundesregierung die Renteneinheit auf die lange Bank schiebt und auf die biologische Lösung setzt. Bis zum Jahr 2017 muss der Rentenwert Ost an den Ren-

tenwert West angeglichen werden. Wir warnen die Bundesregierung vor Trickserien. Die Renteneinheit muss ohne Schlechterstellung der Beschäftigten und Rentnerinnen und Rentner in Ost und West realisiert werden.“

Sachsens Spitzenkandidat Rico Gebhardt sieht die Renteneinheit als Teil einer notwendigen Rentenreform: „Die Renteneinheit muss Teil einer großen sozialen Rentenreform werden, die das Prinzip der Sicherung des erreichten Lebensstandards im Alter wieder zur Richtschnur der gesetzlichen Rentenversicherung macht.“

Wir brauchen eine neue Rentenformel, die dafür sorgt, dass die Renten wieder mit den Löhnen steigen. Wir brauchen eine solidarische Mindestrente, die im Alter zuverlässig vor Armut schützt. Und wir wollen nicht zuletzt, dass die Rente ab 67 zurück genommen wird. ■

Scheinheilig

Der haushaltspolitische Sprecher der Linksfraktion, Mike Huster, begrüßte den Plan der Minister Carius und Dr. Voß für ein Schulinvestprogramm als grundsätzlich unterstützenswert. Zugleich kritisierte er die Pressekonferenz der beiden Minister als „scheinheilig“. Erst lasse man die Kommunen als Schulträger jahrelang finanziell ausbluten und dann kurz vor Wahlen kommen die Versprechen. Mit dem Doppelhaushalt 2013/2014 hatte die Landesregierung die Investitionspauschale für Schulgebäude erst von 22,2 Millionen auf 15 Millionen Euro gekürzt. Für den LINKEN Finanzexperten bleibt es zumindest sachlich völlig unverständlich, weshalb das Investitionsprogramm für die Thüringer Schulen nicht längst beschlossen wurde.

Damit das Schulinvestprogramm überhaupt funktioniere, müsse es wieder möglich sein, dass die Eigenanteile von Kommunen mit einer Haushaltsnotlage, wie z.B. Gera, Eisenach oder Unstrut-Hainich-Kreis, auch gefördert werden könnten. Es stelle sich die Frage, wieso der Finanzminister behauptet, dass Schulden von 630 Millionen Euro getilgt worden seien. „Hat er etwa vergessen, dass zu Beginn dieser Legislaturperiode genau 630 Millionen Euro neue Schulden gemacht wurden? Selbst wenn, wie er behauptet, am Jahresende 2014 tatsächlich 200 Millionen Euro übrig wären und man mal die Schulden der Sondervermögen weglässt, dann wäre maximal eine Schuldensenkung von Null in dieser Wahlperiode möglich. Die Konsolidierungsrendite von Dr. Voß sind keine 25 Millionen Euro pro Jahr aus angeblich gesparten Zinsen, sondern kaputtgesparte Kommunen, von denen viele nicht mal die Eigenanteile aufbringen können, um die jetzt versprochenen Investitionshilfen annehmen zu können.“ ■

Die Linksfraktion auf Arbeitstour



Mit dem Sommerfest am 24. August in Suhl hat Ina Leukefeld, Arbeitspolitikerin der LINKEN im Thüringer Landtag, ihre diesjährige Arbeitstour beendet. Mit Infoständen, Besuchen bei Initiativen, Bildungseinrichtungen und Jobcenter warb Ina Leukefeld für Gute Arbeit in Thüringen. Stationen der Tour waren Weimar, Jena, Erfurt, Artern, Saalfeld, Pöbneck, Bad Langensalza, Eisenach, Gotha und abschließend in Suhl. Inhaltliche Grundlage der Arbeitstour waren „Sieben Punkte für Gute Arbeit“. Darin findet sich auch die Kernforderung der LINKEN zur Landtagswahl, die Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors.

„Mindestens 2.500 Stellen für ältere Langzeitarbeitslose in Thüringen – sozialversicherungspflichtig, existenzsichernd und längerfristig gesichert. Dafür haben wir sehr viel Zuspruch und weitere Anregungen von Erwerbsloseninitiativen, sozialen Trägern und in Jobcentern erhalten. Besonders freue ich mich auch über das Bekenntnis der SPD zu unserem Kernprojekt, wie sie im Thüringer Arbeitslosenparlament formuliert worden ist. Das beweist,

dass ein reformorientiertes Bündnis nach der Landtagswahl gerade auch für heute ins Abseits gedrängte Menschen viel bewegen kann“, erklärte Ina Leukefeld.

Ein weiterer Schwerpunkt war der Austausch zur Situation junger Menschen auf dem Thüringer Arbeitsmarkt. „Die neue Situation eines Überschusses an Ausbildungsplätzen verdeckt die Probleme, die viele junge Menschen trotz allem bei der Aufnahme einer Ausbildung haben. Jugendliche ohne Schulabschluss, mit Schulden, Suchtproblemen und vielen anderen elementaren Hindernissen drohen ausgeblendet zu werden. Aber auch sie brauchen eine Chance und umfassende Hilfe, beginnend bei der Elternberatung in Kitas über ein Schulsystem, welches kein Kind und keinen Jugendlichen zurücklässt, über Berufsorientierung als Regelleistung an den Thüringer Schulen und einer garantierten unterstützenden Begleitung bei der Ausbildung. All dies muss inklusiv gedacht werden: Kein Mensch darf ausgegrenzt und zurückgelassen werden“, forderte die Arbeitspolitikerin. ■

Konkrete Vorhaben in Regierungsverantwortung

Margit Jung und Jörg Kubitzki zu Schwerpunkten der künftigen Familienpolitik

Während eines Pressegesprächs am 20. August haben Margit Jung, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und familienpolitische Sprecherin, sowie Jörg Kubitzki, gesundheitspolitischer Sprecher, Schwerpunkte zur künftigen Familienpolitik vorgestellt. Diese für die kommende Wahlperiode relevanten Ansätze werde die LINKE in Regierungsverantwortung umsetzen, so Margit Jung. Die Spannweite reichte dabei von Kindergärten über den Bildungsbereich bis hin zur Teilhabe von Senioren.

Es gelte, die Kita-Finanzierung aus dem kommunalen Finanzausgleich herauszulösen, betonte Margit Jung. Stattdessen sollen Landeszuschüsse für das Personal zweckgebunden direkt zugewiesen werde. Das führe zu einer besseren Finanzausstattung der Kommunen. Die Linksfraktion strebe an, die Kitas zu Eltern-Kind-Zentren umzuwandeln bzw. weiterzuentwickeln. Das schließe Aspekte der Gesundheitsvorsorge ein. Als Beispiel hob die LINKE-Politikerin die Ernährung hervor: Ziel sei es, eine regionale Versorgung vor Ort zu sichern und Küchen in den Einrichtungen zu erhalten bzw. einzurichten. Das betreffe auch die Frage der Schaffung von Arbeitsplätzen, hier gebe es starke Berührungspunkte mit Arbeitsmarktkonzepten der Linksfraktion.

Die Fraktion stehe zur Abschaffung des Landeserziehungsgeldes. Außerdem werde die Abschaffung der Stiftung Familiensinn gefordert; Familienpolitik müsse im Landshaushalt verankert sein, forderte die Abgeordnete. Das betreffe auch eine Rückübertragung von Aufgaben an Ministerien. Für den Schulbereich setze die Linksfraktion auf längeres gemeinsames Lernen und die Gemeinschaftsschule. Grundsätzlich will DIE LINKE Bildung vom

Kindergarten bis zur Hochschule gebührenfrei zugänglich machen. „Als einen ersten Schritt auf diesem Weg wollen wir ein Kita-Jahr gebührenfrei stellen“, sagte Margit Jung.

Eimne Vereinbarkeitsoffensive soll es im Landesdienst geben: Dort, wo DIE LINKE in Regierungsverantwortung direkten Einfluss auf die Arbeitsplatzgestaltung hat – im Landesdienst – soll es eine Vereinbarkeitsoffensive geben.



Dazu gehört, dass bei Bedarf Eltern-Kind-Büros eingerichtet werden, Arbeitszeit- und Arbeitsplatzmodelle eingeführt werden, die die jeweilige Arbeit mit der Kinderbetreuung – oder auch der Pflege von Angehörigen – vereinbar machen und bei Beförderungen Zeiten der Kinderbetreuung und Pflege nicht mehr negativ zu Buche schlagen.

Neben familiengerechten Arbeitszeiten und Arbeitsplatzmodellen ist es wichtig, Eltern dabei zu unterstützen, nach der Elternzeit wieder problemlos in den Beruf zurückkehren zu können. Hierfür will DIE LINKE einen Rechtsanspruch auf einen Vollzeit Arbeitsplatz verankern und andernorts längst vorhandene Modelle umsetzen, mit denen Mütter oder Väter, die dies wollen, über die Entwicklungen an ihrem Arbeitsplatz informiert bleiben. Dazu gehören regelmäßige Weitergabe von

Protokollen, Angebote an Weiterbildungen und Einladungen zu wichtigen Terminen mit dem Angebot an Kinderbetreuung.

Zur Frage der Teilhabe von Senioren bezog sich Jörg Kubitzki vor allem auf Konzepte für den ländlichen Raum. Er sprach sich für die Schaffung von Sozialzentren mit angegliederten Landambulatorien aus. Ein neu zu schaffendes Berufsfeld „Kordinator für soziale

Dienste“, finanziert aus einer Sozialpauschale, sei ein innovativer Ansatz.

Konkrete Vorhaben der LINKEN in Regierungsverantwortung:

- Kindergärten als Bildungseinrichtungen weiterentwickeln
- Novellierung des Kita-Gesetzes
- Ein Kita-Jahr soll zukünftig kostenfrei

gestellt werden

- Ausbau der Kitas zu Eltern-Kind-Zentren
- Aufbau eines Systems der ergänzenden Kindertagesbetreuung
- Abschaffung des Thüringer Erziehungsgeldes
- Mehr Gemeinschaftsschulen und längeres gemeinsames Lernen
- Abschaffung der Landesstiftung FamilienSinn
- Vereinbarkeitsoffensive im Landesdienst
- Wiedereinstieg in den Beruf
- Bessere Unterstützung Alleinerziehender
- Gleichstellung von Thüringer Pflegeeltern mit jenen in anderen Bundesländern
- Bessere Teilhabe von Seniorinnen und Senioren

Beförderungen

Der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Ralf Kalich, zu Informationen, wonach es direkt vor der Landtagswahl noch Beförderungen im Führungsbereich des Innenministeriums geben soll:

„Ich fordere eine klare Aussage vom Thüringer Innenminister dazu. Derartige Beförderungen schüren, insbesondere wenn sie kurz vor einem eventuellen Regierungswechsel erfolgen, den Verdacht, hier soll möglichst noch dem eigenen Parteibuch nahestehendes Personal in leitende Funktionen gehievt werden. Es ist an der Zeit, unwürdigem Postengeschacher und Günstlingswirtschaft in Thüringer Behörden und Ministerien ein Ende zu setzen.“

Rekommunalisierung

Mit dem Projekt „Das Öffentliche gehört uns“ hat die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag bei verschiedenen Veranstaltungen und Vor-Ort-Terminen das Thema „Rekommunalisierung“ aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet. Dazu fand jetzt eine Fachtagung in Arnstadt statt. Robert Kösling vom „Institut für urbane Infrastruktur“ berichtete über Rekommunalisierungsprojekte. Vorgestellt wurde der „Wolfhager Weg“ mit der Übernahme der Energieversorgung, -erzeugung und -vermarktung in der hessischen Kommune. Als Thüringer Beispiel wurde der Weg in das erfolgreiche Bürgerbegehren gegen die weitere Privatisierung der Abfallentsorgung im Ilmkreis vorgestellt.

Energiewende

Im Rahmen eines Fachgesprächs unter dem Titel „Mit Thüringer Bürgerinnen und Bürgern die Energiewende aktiv gestalten“ will die Linksfraktion im Thüringer Landtag Anforderungen an die Politik, Sichtweisen und Hemmnisse ausloten.

Sie geht dabei vom perspektivischen Ziel aus, dass die Energieversorgung in „Bürgerhand“ gehört. Zahlreiche Kommunen in Thüringen haben das inzwischen schon erkannt und nehmen die Energieversorgung selbst in die Hand.

Die Veranstaltung findet am 28. August in der Zeit von 14 bis 18 Uhr im Thüringer Landtag im Käthe-Duncker-Saal, dem Fraktionssitzungssaal der LINKEN, Raum 201, statt.

VON A BIS Z:

Lebensmittelskandal

Im Zusammenhang mit dem dänischen Lebensmittelskandal, der seine Kreise nun bis Deutschland gezogen hat, forderte die Verbraucherschutzpolitische Sprecherin der LINKEN, Diana Skibbe, die umgehende Einführung gesetzlicher Mindeststandards der Lebensmittelkennzeichnung. „Jeder Verbraucher muss sofort eindeutig erkennen können, wo die Lebensmittel produziert, verarbeitet und abgepackt wurden.“

Neben Herkunft und Lieferwegen sei auch der vollständige Nachweis aller Bestandteile der Lebensmittel einschließlich der Zusatzstoffe notwendig. „Hinsichtlich der Kennzeichnung werden gerade bei importierten Lebensmitteln Mindeststandards oft nicht eingehalten. Auch gestaltet sich deren Kontrolle schwierig, da regional agierende Lebensmittelkontrollen sicher keinen direkten Zugriff auf Produzenten und Händler im Ausland haben, andererseits fehlt es an der einheitlichen Produkt-Kennzeichnung. Mit der umgehenden Einführung gesetzlicher Mindeststandards der Lebensmittelkennzeichnung werden die Verbraucher besser informiert. Verbindliche und einheitliche Festlegungen hinsichtlich der Kennzeichnung ermöglichen eine effektivere Lebensmittelkontrolle von Importprodukten und damit auch frühzeitiges Handeln im Krisenfall.“

Notwendig sei zudem eine generelle Verstärkung der Kontrolltätigkeit, mehr qualifizierte Lebensmittelkontrollen, die verbindliche Einführung der Hygiene-Ampel.

WICHTIGE TERMINE

Buchpremiere

„Ein gewisser Herr Ramelow“:

Am Freitag, den 5. September, stellt der Eckhaus Verlag im Jugend- und Kulturzentrum mon ami in Weimar (Graben 6) sein neues Buch vor. „Ein gewisser Herr Ramelow“ von Stefan Wogawa widmet sich dem jahrelangen Kampf des LINKE-Politikers gegen die Bespitzelung durch den Verfassungsschutz.

Bei der Premiere wird neben Bodo Ramelow auch Gregor Gysi, Vorsitzender der Linksfraktion im Bundestag, anwesend sein, der das Vorwort beigesteuert hat. Die Veranstaltung beginnt 13.00 Uhr, der Eintritt ist frei.

Presseinformationen, Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen der Linksfraktion:

www.die-linke-thl.de

Wisent heißt Bramelow

„Natur und Landwirtschaft im Einklang“, unter diesem Motto stand der Arbeitsbesuch von Bodo Ramelow, Vorsitzender der Linksfraktion, im Saale-Orla-Kreis. Auf dem Programm standen eine Patenschaftsübernahme und Namensgebung im Wisent-Freilandgehege in Ranis, der Besuch des Artenschutz-zentrums und ein Treffen mit dem Vorsitzenden des Thüringer Bauernverbandes, Helmut Gumpert, inklusive Besichtigung der von ihm geleiteten Agrofarm Knau.

Begleitet wurde Bodo Ramelow von der Landtagsabgeordneten Heidrun Sedlacik, ihrem Mitstreiter Philipp Glesing und dem Landtagsabgeordneten Ralf Kalich. Den Auftakt bildete das Wisent-Freilandgehege im Raniser Ortsteil Brandenstein. Auf den ersten Blick hatte sich Bodo Ramelow vor zwei Monaten dort in einen Wisentjungbullen verliebt. Daraufhin stand fest, dass er in diesem Jahr nicht im Erfurter Zoo, sondern hier eine Tierpatenschaft übernehmen wird. Sehr zur Freude von Bürgermeister Andreas Glesing, denn auch wenn die anfallende Arbeit im Gehege, welches von der Arbeitsgruppe Artenschutz in Zusammenarbeit mit der Stadt Ranis unterhalten wird, ehrenamtlich erfolgt, fallen Kosten für Tierarzt und Futter im Winter an. Jetzt erfolgte die offizielle Namensgebung. Laut Bürgermeister Glesing habe sich Bramelow, so nun der offizielle Name

des Tieres, prächtig entwickelt. Das könne man insbesondere an den kleinen gut gewachsenen Hörnern erkennen. Der Name ist übrigens nicht zufällig gewählt. Jeder Wisent-Standort bekomme einen Anfangscode. Dieser sei hier Br für Brandenstein. Und das passe wiederum gut mit dem Nachnamen von Bodo Ramelow zusammen.

Gleichzeitig übergab er dem Fraktionsvorsitzenden einen Atlas der Säu-



getiere Thüringens. Dieser müsse Bestandteil der Schulbildung in Thüringen sein. Für Bodo Ramelow ist die Übernahme der Tierpatenschaft ein Beitrag zum Umwelt- und Artenschutz im Freistaat. Er ist im Gehege in Ranis nunmehr neben der Stadt Schleiz und einem Bürger der dritte Pate über ein Wisent. Beim anschließenden Besuch im Artenschutzzentrum konnte sich die

LINKE-Delegation von der engagierten Arbeit der Arbeitsgruppe Artenschutz Thüringen e.V. überzeugen. Komplett ehrenamtlich organisiert finden dort Fachseminare, Projekttag für Schüler und Exkursionen mit einem breiten Themenspektrum zum Natur- und Artenschutz statt. Zugleich wird eine umfangreiche Aquarienanlage betrieben. Den Abschluss des Arbeitsbesuchs im Saale-Orla-Kreis bildeten die Besichtigung der Agrofarm in Knau und ein Gespräch mit dem Chef Helmut Gumpert, welcher zugleich als Vorsitzender des Thüringer Bauernverbandes fungiert.

Insgesamt werden von der Farm, die 100 Gesellschafter und 500 Landverpächter hat, 350 Hektar Fläche über 17 Dörfer gestreckt bewirtschaftet. 180 Menschen stehen in Lohn und Brot und kommen zumeist aus den umliegenden Gemeinden. Die Produkte werden über eigene Verarbeitung und Geschäfte vertrieben. Vom Saatkorn bis zum Schinken bzw. Kuchen erfolgt somit alles aus einer Hand. Der Gang durch Kuhställe und Melkanlage verdeutlichte, dass Landwirtschaft und artgerechte Tierhaltung nicht in einem Widerspruch stehen müssen.

Matthias Gärtner

Bodo Ramelow meistert „Ice Bucket Challenge“



krankheit Amyotrophe Lateralsklerose (ALS) aufmerksam machen und für Spendengelder für deren Erforschung und Bekämpfung sorgen. Ganz wichtig: vor allem soll sie auf das Schicksal von an ALS erkrankten Menschen hinweisen.

Dazu sind die Nominierten aufgefordert, sich mit eiskaltem Wasser zu übergießen (oder übergießen zu lassen) und davon ein Video öf-

Nominiert wurde Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, von Hans-Jürgen Kratz, dem Geschäftsführer von Antenne Thüringen. Wofür? Um sich einen Eimer mit Eiswasser über den Kopf schütten zu lassen? Genau. Das ganze nennt sich dann „Ice Bucket Challenge“. Aber der Reihe nach.

Zuerst hatte Bodo Ramelow abgelehnt. Weil seine Nominierung am 22. August erfolgte, dem Tag, an dem der Abschlussbericht des NSU-Ausschusses im Landtag während einer Sondersitzung debattiert wurde. Da verbieten sich solche Aktionen, auch wenn sie einer noch so guten Sache dienen.

Denn die „Eiskübel-Herausforderung“ (so die Übersetzung) dient wirklich einer guten Sache: sie soll auf die tückische, noch unheilbare Nerven-

fentlich zu machen. Wer das tut, spendet 10 Euro, ansonsten 100 Euro an die ALS-Vereinigung.

Die Nominierten haben 24 Stunden Zeit. Auf seiner Facebook-Seite fragte Bodo Ramelow schließlich: „Eine Eiswasserduche für den guten Zweck?“ Die Meinungen wogten hin und her, reichten von „lass dir was besseres einfallen“ über „unbedingt machen“ bis zu „ein nasser Bodo ist auch mal ein guter Anblick“.

Dann ging alles ganz schnell. Direkt vor dem Spiel von FC Rot-Weiß Erfurt gegen SG Dynamo Dresden am 23. August im Steigerwaldstadion. Bodo Ramelow, zünftig im rot-weißen Fraktionsshirt, erläuterte am Stadionmikrofon die Hintergründe der Aktion und wurde dann von zwei Nachwuchs-Spielern mit Wasser übergossen. Im Stadi-

on brandete Beifall auf. Und Bodo Ramelow nominierte wiederum drei Aspiranten: Christian Görke, den Finanzminister von Brandenburg (DIE LINKE), Schauspieler Björn HARRAS (GZSZ), mit dem er schon gemeinsam im Erfurter Stadion war, sowie Paul-Josef Raue, den Chefredakteur der Thüringer Allgemeinen (TA). Denn der sei sein „Lieblings-Freund“ (wie nicht nur TA-Leser/-innen genau wissen).

Die 100 Euro hat Bodo Ramelow übrigens trotzdem gespendet. Das Youtube-Video seiner Eiswasserduche kann man sich in der Mediathek der Linksfraktion anschauen:

<http://www.die-linke-thl.de/mediathek/video/youtube/>

St. Wogawa

DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

Wendehälsiges

„Christine Lieberknecht – Widerständler oder Wendehals?“ fragt die Thüringer Allgemeine (TA) mit Bezug auf den „Brief aus Weimar“ der DDR-CDU, veröffentlicht vor 25 Jahren. Herausgefordert hat das Lieberknecht selbst. Sie nannte jenen Brief „Schlüsseldokument zur Erneuerung der CDU“. Das zitiert TA-Redakteur Martin Debes, Autor einer Lieberknecht-Biografie.

Auch ich habe Lieberknechts Ausspruch schon zitiert, vor fünf Jahren, im Artikel „Ambivalentes Plädoyer einer Blockpartei“. Der Weimarer Brief sorge „heute für unterschiedliche Interpretationen“, betont Debes, mehr noch: er werde in „einem so jubiläumsträchtigen Wahljahr zum Politikum“. Natürlich. Dazu führt er neue Aufsätze an, die sich kritisch oder affirmativ mit dem Thema beschäftigen. Der Text von Christoph Wunnicke etwa dürfte Lieberknecht kaum gefallen; er nennt sie „eine Marxismus-affine Pastorin“ (wie ich es an dieser Stelle ähnlich auch getan habe). Im „Brief aus Weimar“ sieht Wunnicke den Versuch der CDU, die „Vorherrschaft der SED im Blocksystem gegen (...) die sich formierende Opposition der DDR (...) zu retten“. Nur durch ein Missverständnis sei er von westlichen Medien als demokratisches Aufbruchssignal interpretiert worden. Kaum der Rede wert ist die Gegenposition von Erhard Neubert, der euphemistisch vom Brief als Dokument der „Selbstbefreiung der CDU“ schwätzt.

Ich habe 2009 eingeschätzt, der CDU-Brief sei weit hinter fast zeitgleich veröffentlichte Ansätze, wie die des „Neuen Forums“, des „Demokratischen Aufbruchs“ oder der „Initiativgruppe für eine sozialdemokratischen Partei“ zurückgefallen.

Der Brief habe „etwas Wendehälsiges“, lässt Debes in dieser Frage dem Erfurter Altpropst Heino Falcke das letzte Wort. Der ist übrigens Neuberts Schwiegervater. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugswweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.